

Herder Korrespondenz

Heft 6

38. Jahrgang

Juni 1984

Die Nächstenliebe ist nicht unser Hobby; sie ist die rettende Planke, auf der wir uns selbst retten.

Bischof Joachim Wanke

Familie – nüchterne Hoffnung

Es sei an der Zeit, „die Familie in ihrer öffentlichen Bedeutung, in ihrer unersetzlichen Aufgabe für die Revitalisierung der Gesellschaft zu stärken“. So *Hans Maier*, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken auf dessen Vollversammlung in Bonn-Bad Godesberg. Das Experiment der bindungsarmen Beziehungen sei gescheitert, „Ehe und Familie kommen wieder zur Geltung“, so *Helmut Kohl* auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart.

Solche Äußerungen, willkürlich herausgegriffen aus einer Vielzahl fast gleichlautender Beteuerungen, sind nicht auf die Goldwaage zu legen. Und wer den jeweiligen politischen Hintergrund kennt, wird kaum in Versuchung kommen, sie in Absicht und Wirkung zu überschätzen. Der in Familienfragen besonders vollmundig redende Bundeskanzler hat ein Interesse daran, mit Wunschprognosen zu Fragen kollektiven Verhaltens eine sehr werktägliche und bisher wenig überzeugende Familienpolitik seiner Regierung zu kaschieren. Und katholische Verbände und zentrale Organisationen – Bischofskonferenz und Zentralkomitee inbegriffen – verdecken mit nicht minder vollmundigen familienpolitischen Forderungen seit je die eigene unterentwickelte Fähigkeit, sich auf die Realsituation der Familie einzulassen und in der Auseinandersetzung um deren Zukunft voranzugehen.

Nicht zu leugnen ist indessen, daß trotz weiterhin gegenläufiger Bewegungen die Familie wieder mehr öffentliche Aufmerksamkeit findet – spätestens seit dem abrupt hereinbrechenden und hartnäckig sich fortsetzenden Bevölkerungsrückgang. Um so dringlicher ist es, sich jenseits tagespolitischer Argumente zu vergegenwärtigen, wo die *tatsächlichen Probleme der Familie* liegen.

In libertären und egalitären Traditionen ist für Familie wenig Platz

Das erste und gewiß nicht unwichtigste Problem ist der Umstand, daß die Familie als das zwischenmenschliche Kerngebilde einer jeden denkbaren Gesellschaft durch die ideelle wie faktische Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, ideologisch wie konzeptionell-poli-

tisch, seit dem 19. Jahrhundert *sehr in den Hintergrund gedrängt* worden ist. Alle großen, im 19. Jahrhundert wurzelnden, die industrielle Entwicklung bis in unsere Tage begleitenden Gesellschaftskonzeptionen sind auf *Freiheit* und *Gleichheit* als die grundlegenden Entwicklungsziele festgelegt.

Bei den *Verfechtern von Gleichheitsideologien* war theoretisch die Gesellschaft, de facto der Staat der große Hoffnungsträger für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und insofern auch für das Glück des einzelnen. Die libertären Strömungen waren und blieben auf die *Stärkung des Individuums*, als vorrangiges, wenn nicht alleiniges gesellschaftliches *Gestaltungsprinzip* fixiert. Für das, was die Franzosen die „*corps intermédiaires*“ nennen, war da wenig Platz und auch nicht für die soziologisch als *Primärgruppen* definierten Formen des „natürlichen“ oder „intimen“ Zusammenlebens. Kollektivisten haben solche Gruppen von vorneherein geringgeschätzt, schon weil sie sich gegen das eigene Konzept sperren. Die Familie blieb so die große Vernachlässigte.

Es verwundert deswegen nicht, daß auch, als diese Bewegungen mit dem Ausbau des Sozialstaates und mit der weitgehenden Verwirklichung von Individualgrundrechten ihre jeweiligen Grenzwerte erreicht hatten und sich gegenseitig zu relativieren begannen, die Familie nicht reüssierte, sondern jetzt erst recht ins Schußfeld beider Strömungen geriet. Denn nun erst machte sich bemerkbar, was vorher ausgeblendet war. Die Familie ließ sich nicht mehr als bloßes Ausgestaltungselement individueller Selbstherrlichkeit unterbringen; denn jetzt meldeten sich „emanzipatorisch“ alle diejenigen zu Wort, die die Opfer solcher „Unterbringung“ waren: die Frauen, die nun nicht formale, sondern wirkliche Gleichberechtigung forderten, und die Kinder bzw. als deren Anwälte die Verfechter emanzipatorischer Erziehung.

Damit soll überhaupt nicht geleugnet werden, daß es auch für die einzelnen – Frauen, Kinder – trotz aller schlagwortartigen Übersteigerung einen Nachholbedarf gab und noch gibt. Die volle Gleichstellung der Frau – existentiell und sozial – nicht allein rechtlich, ist noch längst

nicht realisiert. Eine entschiedene Berücksichtigung der Kinder *als eigener Rechtssubjekte*, auch innerhalb der Familie (z. B. Wandel der elterlichen Gewalt in elterliche Sorge), war überfällig. Das Problem ist nur, daß die *Konzentration der Aufmerksamkeit auf die Durchsetzung von Individualrechten* und deren psycho-soziale Umsetzung in Form des Vorranges individueller Selbstverwirklichung, die Familie als Lebenszusammenhang noch einmal mehr ins Hintertreffen geraten ließ und daß dieses „Vergessen“ politisch um so wirksamer wurde, je mehr die Verfechter gesellschaftlicher Gleichheitskonzepte auf eine libertäre Interpretation ihrer Ziele einschwenkten. Es dürfte kein Zufall sein, daß von der Bewegung der Grünen (aber auch in Teilen der SPD), in der sich libertäres und egalitäres Erbe in sehr emotionalen Formen mischt, trotz des kinder- und familienfreundlichen Habitus, die am wenigsten familienfreundlichen Diskussionen geführt werden. Was gemeinhin als bindungsfeindliches Klima bezeichnet wird, ist noch lange nicht überwunden.

Als Sozialisationsinstanz de facto ambivalent

Zu Nüchternheit rät auch ein Blick auf die gegenwärtig vorherrschende *innere Verfassung der Familie*. Diese ist gewiß nicht so, daß die Familie gesellschaftlichen Entwicklungen von außen einfach ausgeliefert wäre, sie ist aber auch nicht so stabil und in dem, was die Familie real und nicht in ihrer Wunschform leistet, so gut, daß diese als schlicht nicht hinterfragbares Idealwesen gelten könnte. Daß die Familie der Wurzelgrund aller menschlichen Tugenden ist, wie es viele Sonntagsreden gerade christlicher Herkunft wahrhaben möchten, hat unabhängig von den Einflüssen der sie umgebenden Gesellschaftsordnung schon deswegen nie gegolten, weil in ihr als einer Grundform menschlichen Zusammenlebens sich *Menschen* zueinander verhalten und andere durch ihr Verhalten mitbedingen und mitprägen wie sonst nirgends – im Guten wie im Schlechten. Die Familie als Sozialisationsinstanz ist deshalb psychisch und „moralisch“ de facto *ambivalent*: Lebensgemeinschaft des sozialen Lernens und der Einübung in menschliches Miteinander ebenso wie Brutstätte menschlicher Unzulänglichkeiten, neurotischer Erkrankungen, schichten- und familienspezifischer Vorurteile, familialer Egoismen gegenüber Nachbarschaften und anderen sozialen Umfeldern. Jeder „Familismus“, ob struktur- oder wertbegründet, wäre nicht weniger ideologisch, d. h. auf Verabsolutierung von Teilwahrheiten gegründet als die emanzipatorischen Programme, die sich in ihren Zielen oder auch nur in ihren Wirkungen gegen die Familie richten.

Diese *Ambivalenz der Familie* verschärft sich mit ihrer strukturellen Konzentration auf die Aufgaben einer Intimgemeinschaft. Nicht, daß wir es in anderen, agrarisch-handwerklichen oder schon industriell-arbeitsteilig geprägten Familienformen mit minderen Problemen zu tun gehabt hätten. Aber die stark privatisierte Kleinfamilie als Grundtypus *unseres* Familienlebens ist mit allen damit ver-

bundenen Ansprüchen an Partnerschaft vom Emotionalen her nun einmal besonders anfällig. Wenn zutrifft, daß die Familie erst als Klein- bzw. Zwei-Generationenfamilie so recht zu sich selbst gekommen ist, weil erst sie den Raum intimer personaler Begegnung sichert, in dem sich Partnerschaft ohne störende Einflüsse entfalten kann, so ist doch auch richtig, daß in einer solchen Intimgemeinschaft die in ihr Lebenden mehr als in jeder anderen Familienform einander ausgeliefert sind.

Je geschlossener die Familie in sich ist, je weniger zahlreich die Außenkontakte sind und je geringer die Zahl der Bezugspersonen ist, um so begrenzter sind die Möglichkeiten emotionaler Entlastung, um so unmittelbarer und heftiger treffen seelische Probleme, affektive Verkrampfungen und charakterliche Verspannungen aufeinander. Um so leichter können Kinder Opfer einer nicht gelungenen Partnerschaft werden und können Probleme kindlichen Verhaltens destabilisierend auf die Ehepartner und damit auf die ganze Familie zurückwirken.

Zudem hat sich die Kleinfamilie *früher* gebildet als die partnerschaftliche, auf Gefühls- und Lebens- und nicht in erster Linie auf Gütergemeinschaft mit primär materiell bestimmter Rollen- und Herrschaftsteilung (hier Haushalt, dort Produktionsunternehmen) beruhende Ehe. Die Kleinfamilie als Regelfamilie in allen sozialen Schichten beginnt sich mit ihren Vor- und Nachteilen bereits in einer Zeit voll auszuwirken, in der die partnerschaftliche Ehe, in ihrem Realtypus durch sie erst ermöglicht, sich noch in der Phase der Erprobung befindet. Da diese Erprobung in einer Zeit abzuleisten ist, in der von allen möglichen Selbstverwirklichungsprogrammen her die Anforderungen an die Partner zusätzlich höhergeschraubt sind, können weder Destabilisierungserscheinungen noch die größer gewordene Scheu, sich überhaupt in einer ehelichen Lebensgemeinschaft zu binden, überraschen.

Zum Wandel der Binnenstruktur der Familie kommt ihr *Funktionswandel* gegenüber der Gesamtgesellschaft. Man mag darüber streiten, ob dieser Wandel Funktionsverlust oder primär „Funktionsverlagerung“ (*Neidhardt*) bedeutet. Aber niemand wird leugnen, daß viele Funktionen (wirtschaftliche, soziale und kulturelle) der Kleinfamilie ganz abgenommen sind, ja daß die Kleinfamilie erst im Prozeß solcher funktionaler „Verschlankung“ entstanden ist. Die Bemerkung *Peter Bergers*, die Sozialisationsfunktion der Familie gegenüber Kindern sei vornehmlich auf die Sorge reduziert, daß sie nicht „mit entstellten Zähnen“ erwachsen werden, ist eine burleske Übertreibung. Aber zu sagen, die Familie sei gegenwärtig noch erste oder hauptsächliche Erziehungsmacht und ihr erzieherischer Einfluß sei eher noch gewachsen, wäre trotz Entdeckung der Bedeutung (und Überbewertung!) der frühen Kindheit für die spätere Lebensbewältigung eine nicht minder große Übertreibung. Nicht daß die Medien als Miterzieher (willkommen oder nicht) auch schon in die frühkindliche Phase einbrechen, aber gerade die Erziehungs- und sehr früh auch schon die Freizeitfunktion muß die Familie mit vielen anderen Einflußfaktoren teilen.

Da eine in der Binnenstruktur so sehr reduzierte und in ihrem Einfluß nach außen so sehr eingegrenzte Familie zwar durchaus ein Haus ist, in dem es sich, ein gewisser materieller Komfort vorausgesetzt, leben läßt, aber die Verhältnisse trotz Komfort und Zuwendung eng geworden sind, sollte sich niemand darüber wundern, daß *Jugendliche*, wo es die materiellen Verhältnisse zulassen, sich früher aus der Familie lösen, als es einmal Brauch war.

Die Chancen nicht unterschätzen

Trotzdem bleibt es eine Binsenwahrheit, daß es zur Familie keine Alternative gibt und daß auch die heutige Kleinfamilie für absehbare Zeit durch kein anderes Familienmodell ersetzt werden kann. Alles, was bisher an Abweichungen von der Regel erprobt wurde (Wohngemeinschaften unterschiedlicher Zusammensetzung oder als Wohn- und Hilfgemeinschaften eingerichtete Familienverbände), sind *ergänzende Varianten* zur autonomen Gatten-Kinder-Familie, die selbst die *Regel* bleibt. Auch eine Wiederzusammenführung der Generationen in der Mehrgenerationenfamilie wird trotz des Sozialkostendrucks und einer diesem folgenden Gesetzgebung die Ausnahme bleiben. Es heißt also, sich auf das Modell der relativ funktionsschwachen Kleinfamilie einlassen und mit ihren Unzulänglichkeiten rechnen, dem partnerschaftlichen Modell Zeit lassen zu einer neuen innerfamiliären Differenzierung und die Ansprüche der Partner in ein neues, stabileres Gleichgewicht bringen. Die Chancen, dabei die Funktionstüchtigkeit der Familie zu stärken und ihre Stabilität zu erhöhen, sind so gering nicht.

Von mehreren Seiten kann dazu einiges getan werden. Von *den Familien selbst*: Die Einflüsse, die sie von außen bedingen, sind nicht sämtlich zwanghaft. Eltern können, das hat sich u. a. bei der Auseinandersetzung um diverse schulische Rahmenrichtlinien gezeigt, auch außerhalb des ihnen zugewiesenen Erziehungsraumes Einfluß gewinnen. Sie können sich bei ausreichendem Selbstbewußtsein auch gegen eine *allein das Individuum* auf Kosten der Familiengemeinschaft stützende Gesetzgebung wehren. Und sie können sehr viel selbst tun, um ihre gestärkte formelle Autonomie nicht in Selbstisolierung zu überführen, sondern einen differenzierteren Lebensraum über den familiären Binnenraum hinaus mitzuschaffen. Das setzt voraus, daß sie die gewachsene Freizeit nicht einfach als privaten Freizeitkonsum verstehen, sondern als Freiraum sozialer Lebensgestaltung.

Die *Kirche* kann dazu, daß aus beklagten Zuständen mehr Chancen werden, dadurch etwas beitragen, daß sie sich in Seelsorge und Recht so auf die Familie einläßt, wie sie ist, also die Familie real- und nicht idealtypisch zu sehen lernt. Die Kirche hat nicht wenig zugunsten der Familie und zur Stärkung ihres Zusammenhalts einzubringen, wenn sie jene *Bindungskräfte* zu vermitteln weiß, die für ein Leben in der Familie Voraussetzung und zugleich urchristlich sind: Einfühlung, gegenseitige Verantwortung, Mit- und Für-den-anderen-leben-Können, also die jeweils familienbezogenen Konkretionen schlichter Nächstenliebe.

Sie kann damit sogar mehr Einsicht in ein zeitgemäßes Verständnis der Unauflöslichkeit der Ehe wecken als durch die Strenge ihrer Gesetze (oder gar durch sie allein). Es wird ihr dabei helfen, wenn sie nicht die hohe Geschiedenenzahl zum alleinigen Maßstab der Stabilität oder Labilität der Familie nimmt, sondern das Maß ihrer tatsächlichen Belastungen.

Der *Staat* kann viel helfen, wenn er sich zu einer *wirklichen eigenständigen Familienpolitik* durchringt. Es ist kein Zufall und hängt mit der geschilderten libertären und egalitären Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert zusammen, daß, obwohl es Familienpolitik „grosso modo [erst] seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts gibt“ (*Kurt Lüscher*) und diese Politik von Anbeginn Ausdruck der Anerkennung eigenständiger und deshalb stützender Leistungen der Familie war, sie bis heute weitgehend Teil der klassischen Sozialpolitik im Sinne von Transferleistungen an sozial Hilfsbedürftige – sieht man einmal vom Kindergeld ab – geblieben ist. Sie wurde kaum zu einer *Politik eigenständigen Zuschnitts*, die von der *Familie als Gesellschaftssubjekt eigenen Rechts* ausgeht, weiterentwickelt. Die noch nach dem Regierungswechsel bereits für 1984 angekündigte, inzwischen längst fallengelassene Umwandlung bzw. Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting hätte ein Element solcher Weiterentwicklung sein können.

Aber für die *Revitalisierung der Familie als eigenständiges Gesellschaftssubjekt* stehen dem Staat nicht nur fiskalische und sozialpolitische Wege offen. Der Art. 6 GG könnte analog zu den Individualgrundrechten zu einem *Familiengrundrechtskatalog* ausgestaltet werden. So etwas wird um so dringender, je belastender die Verfeinerung der Individualgrundrechte auf die Existenz und Leistungsfähigkeit der Familien zurückwirken.

Ein Holzweg zur Revitalisierung der Familie wäre indessen die Verengung ihrer Probleme allein auf das generative Verhalten bzw. die *Reduzierung der Familienpolitik auf Bevölkerungspolitik*. Damit würden die geschilderten Probleme mit einer ihrer Nebenwirkungen verwechselt. Überhaupt ist die gewiß unerläßliche finanzielle Besserstellung der Familie nur ein Element ihrer Zukunftssicherung (und damit auch der Lösung des Bevölkerungsproblems bei uns). Wenn die in der Familie verwirklichten oder zu verwirklichenden Werte wieder ausdrücklicher *als lebenswert* empfunden werden, wird sich auch der Wille zum Kind wieder stärker einstellen, ohne daß jemals wieder frühere Geburtenraten erreicht werden (müssen). Voraussetzung dafür ist, daß *Familienbindungen nicht als Verlust individueller Entfaltung, sondern als existentieller Gewinn verstanden werden*. Dies zu vermitteln ist heute gewiß eine kirchliche, aber weil die Gesellschaft als ganze in ihrer Entwicklung an der Familie hängt, auch eine politische Aufgabe. Warum sollten nicht auch Parteien der Bevölkerung klarmachen können, daß ein ins Kraut schießender Individualismus selbst den einzelnen existentiell gefährdet und deswegen nicht zum unhinterfragten Kriterium von Politik gemacht werden kann? *David Seeber*